

- Unter Bezugnahme auf die vorherige Bekanntgabe verweist Herr Sonntag auf die seinerzeitige Beratung des Antrages Viehof zur Trassenführung. Er regt an, das Thema erneut im Fachausschuss auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn konkretere Ergebnisse insbesondere zur Trassenführung vorliegen.
- Herr Meeser regt an, an der Ortsaus- bzw. Einfahrt von Lindscheid ein Geschwindigkeitsmessgerät aufzustellen. Dem Vernehmen nach würde dort immer mit überhöhter Geschwindigkeit in den Ort gefahren.

Herr Sterzenbach erklärt, dass man bei Verfügbarkeit die mobile Geschwindigkeitsmessanlage im genannten Bereich aufstellen könne. Allerdings führe dies für die Autofahrer zu keinen Konsequenzen. Die ermittelten Werte könne man dem Ausschuss für Bau und Verkehr zuleiten.

- Herr Meeser vermisst einen Antrag der BfE aus der Haushaltsrede betr. Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei öffentlichen Bauten.

Herr Sterzenbach erklärt, dass die Verwaltung der Fraktion im Dezember 2009 auf eine diesbezügliches Schreiben von November 2009 im Zusammenhang mit dem Neubau des NWZ geantwortet habe, verbunden mit der Frage, ob aufgrund der dargelegten Informationen der Antrag aufrechterhalten bleibe. Es sei ein weiterer Antrag dazu in Bearbeitung, der möglicherweise aktuell eingegangen sei. Herr Meeser kann das so nicht nachvollziehen; die Verwaltung sagt Klärung zu.

Anmerkung der Verwaltung:

*Bei dem zweitgenannten Antrag handelt es sich um den aus der Haushaltsrede vom 01.03.2010, der zur Behandlung im Ausschuss für Bauen und Verkehr am 24.06.2010 vorgesehen ist. Dieser Sachverhalt wurde Herrn Meeser inzwischen auch per E-Mail mitgeteilt.*

- Herr Gräf bittet zu prüfen, wieso das im Rahmen der Umleitungsstrecke im Bereich Schoellerstr. ausgesprochene Halteverbot auch für die ausgewiesenen Parkbuchten besteht. Den Bürgern sei dies unverständlich. Außerdem bestehe offensichtlich ein Konflikt in der Beschilderung Kirchstr.. Die Hinweisschilder „Parken mit Parkscheibe“ seien nicht verdeckt, andererseits ein Halteverbot ausgesprochen.

Herr Sterzenbach erklärt, dass bei Nutzung der Parkbuchten Schoellerstraße und Belegung der jeweiligen Gegenfahrbahn die Schwenkradien für große Fahrzeuge (LKW, Busse etc.) erschwert werden, man also im Interesse eines besseren Verkehrsflusses an dieser Umleitung Ausweichraum brauche. Daher rühre das Verbot. Die Beschilderung in der Kirchstr. werde geprüft und ggf. geändert. Sollte eine im Sinne der StVO unklare Beschilderung einer Verwarnung zugrunde liegen, könne man von einer Aufhebung ausgehen.

- Herr Gräf bittet zu prüfen, ob man aufgrund der Enge der Gehwege im Bereich Umleitungsstrecke Kelters/Hombach die Schilder nicht auf die Straße stellen könne.

Herr Sterzenbach erklärt, dass er dies beim Straßenverkehrsamt angesprochen habe. Es sei allerdings aus haftungsrechtlichen Gründen schwierig, solche Schilder auf die Fahrbahn zu stellen. Selbst bei Tempo 30 stelle halt aus Sicht der Verkehrsbehörden ein Kfz ein größeres dynamisches Schadensrisiko dar, als ein Fußgänger. Im übrigen treffe die StVO ganz klar das Gebot gegenseitiger Rücksichtnahme, sofern an bestimmten Stellen Fußgänger auf die Fahrbahn ausweichen müssen.

- Herr Sonntag erinnert an einen im HA am 22.03.2010 diskutierten CDU-Antrag auf Aufstockung der Mittel für die Straßeninstandsetzung bei geringer ausfallender Erhöhung der Kreisumlage. Seines Wissens nach sollte die Angelegenheit erneut auf die Tagesordnung, wenn der Haushalt genehmigt sei bzw. weiterer Klärungsbedarf mit der Kommunalaufsicht ausgeräumt sei.

Der Bürgermeister nimmt Stellung und verweist auf den ersten Quartalsbericht und weitere Unwägbarkeiten bei den Steuereinnahmen. Eine schnelle Entscheidung, weitere Mittel für die Straßeninstandsetzung bereitzustellen, sei zum momentanen Zeitpunkt nicht möglich. Im Grunde müsse man froh sein, wenn man ohne eine Mittelaufstockung überhaupt über die Runden kämen. Im Bedarfsfall würden selbstverständlich Schäden behoben. Frau Sonntag bestätigt die zuvor vom Kämmerer gemachten Aussagen und weist darauf hin, dass möglichen Einsparungen bei der Kreisumlage Einbrüche bei der Kreisumlage entgegenständen.

Herr Sonntag weist jedoch darauf hin, dass über den nun einmal gestellten Antrag auch zu diskutieren und abzustimmen sei. Letztendlich verständigt man sich darauf, den Antrag auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr zu nehmen. Seitens der Kämmerei, so der Bürgermeister, werde aber von der Kämmerei geprüft, ob eine Aufstockung dieser Mittel haushaltsrechtlich überhaupt möglich ist.

- Desweiteren spricht Herr Sonntag einen Antrag der CDU-Fraktion aus der Haushaltsrede betr. die Darstellung von Wanderwegenetzen im Internet an. Auch diesbezüglich habe man nichts mehr gehört.

Anmerkung der Verwaltung:

*Der Antrag wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur-, Sport, Tourismus und Marketing genommen.*

- Herr Zielinski bezieht sich auf einen aufgrund eines SPD-Antrages entstandenen Beschluss des Hauptausschusses vom 22.03.2010 betr. Zusammenstellung von Perspektiven und Planungsüberlegungen im Bereich Wirtschaftsförderung für die nächsten 5 Jahre. Er fragt nach dem Stand der Dinge.

Der Bürgermeister verweist auf die personelle Situation und die Tatsache, dass der Wirtschaftsförderer nun auch die Stelle des Amtsleiters 60 bekleide. In der nächsten Zeit erfolge eine personelle Entlastung des Bereiches Wirtschaftsförderung.

Den Einwand lässt Herr Zielinski nicht gelten. Es könne nicht sein, dass aufgrund der personellen Situation Anträge gar nicht oder längere Zeit nicht bearbeitet würden. Außerdem gebe es eine Gesellschaft im Hintergrund, die ebenfalls eingebunden werden könnte.

Der Bürgermeister stellt klar, dass – sofern die Entwicklungsgesellschaft gemeint sei – diese mit Grundstücksgeschäften betraut sei und deren Aufgabenfelder in eine andere Richtung gingen. Außerdem seien auch in dieser Gesellschaft Vertreter in verantwortlichen Positionen wieder Mitarbeiter der Verwaltung, z.B. der Wirtschaftsförderer H. Derscheid.